



Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31. Dezember 2013

Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31.12.2013

1. Lagebericht
2. Bilanz zum 31.12.2013
3. Erfolgsrechnung 2013
4. Finanzrechnung 2013
5. Erläuterungen zur Bilanz
6. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
7. Erläuterungen zur Finanzrechnung
8. Sonstige Angaben
9. Anlagenspiegel

Lagebericht der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2013

Berliner Wirtschaft weiter in der Erfolgsspur

Die Berliner Wirtschaft setzte auch 2013 ihren Wachstumskurs fort. Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent im ersten Halbjahr befand sich die deutsche Hauptstadt in der Spitzengruppe der Bundesländer. Zudem stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im bundesweiten Ländervergleich mit 2,5 Prozent am stärksten. Es gab erstmals seit 20 Jahren weniger als 200.000 Arbeitslose in Berlin. Dennoch liegt Berlin bei wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen noch immer teils deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Zudem kam nach Jahren des Wachstums der Berliner Außenhandel 2013 in eine weniger gute Lage. Die Staatsschuldenkrise in Europa, das nachlassende Wachstum in den großen Schwellenländern sowie eine nur langsam anspringende Konjunktur in den USA lassen für das Jahr 2013 einen Rückgang der Berliner Exporte im Vergleich zum Allzeithoch des Vorjahres erwarten. Mit einem Volumen von 10,7 Milliarden Euro im Zeitraum Januar bis Oktober liegen die Berliner Ausfuhren jedoch immer noch über den Vergleichswerten der Jahre 2008 bis 2011. Die Liste der wichtigsten Berliner Exportmärkte wird weiterhin mit großem Abstand von den USA (-14,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) angeführt, gefolgt von Frankreich (+6,3 Prozent) und Russland (-2,4 Prozent). Mit einem beachtlichen Plus von 20,4 Prozent hat sich Polen auf Platz vier der Berliner Kernmärkte geschoben. Die Volksrepublik China behauptete trotz eines Rückgangs der Berliner Ausfuhren um rund sieben Prozent den fünften Platz.

Zudem ergaben sich 2013 auch Probleme am Berliner Arbeitsmarkt. Laut Fachkräftemonitor fehlten über alle Qualifikationen und Wirtschaftszweige hinweg 59.000 Fachkräfte, darunter 11.000 Akademiker. Vor diesem Hintergrund verstärkte die IHK ihre Anstrengungen, Studierende und Absolventen besser in das Blickfeld insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen zu rücken. So wurden monatlich Projektformate der Career Services der Berliner Hochschulen interessierten Arbeitgebern vorgestellt. Zudem wurden in rund 2.000 Gesprächen qualifizierte Fachkräfte mit im Ausland erworbenen Abschlüssen aus mehr als 70 Ländern über Anerkennungsmöglichkeiten ihrer ausländischen Berufe beraten.

Darüber hinaus wurde gemeinsam mit dem Senat und der Handwerkskammer eine Kampagne zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen gestartet.

Zugleich suchten die IHK Berlin und die Regionaldirektion für Arbeit Berlin-Brandenburg im Rahmen des „Zukunftsprogramms Berlin-Brandenburg“ einen noch engeren Schulterschluss. Die IHK beriet darüber hinaus auch 2013 regelmäßig den Berliner Senat und alle Berliner Jobcenter bei der Gestaltung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Außerdem beteiligte sich die IHK an dem Projekt „Optimierung der Verfolgung und Ahndung von Schwarzarbeit im Land Berlin“. Weiterhin hat die IHK ihr Angebot ausgeweitet, um Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen. Der weiterentwickelte Fachkräftemonitor ermöglicht eine Prognose der Fachkräftenachfrage und des -angebotes bis in das Jahr 2030.

Die Stärkung der Berliner Wirtschaftskraft in den nächsten Jahren wird auch maßgeblich davon abhängen, inwieweit die Unternehmen überdurchschnittlich innovativ agieren. Aus diesem Grund unterstützte die IHK Berlin ihre Mitgliedsunternehmen auch 2013 bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren, bei neuen Ansätzen der Unternehmensführung und nicht zuletzt bei der Zusammenarbeit mit der Wissenschaft.

Die im Dezember 2013 von der IHK Berlin und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichte Studie „Wirtschaftsentwicklung in Berlin: Szenario 2030“ gab dafür wichtige Wegmarken vor. So muss Berlin seine Forschungspotenziale enger mit der regionalen Wirtschaft zu verknüpfen. Zudem sollte die Ansiedlungspolitik gezielt Forschungs- und Entwicklungsunternehmen in die Stadt holen, unterstützt durch eine entsprechende Liegenschaftspolitik des Landes Berlin. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die zum 1. September 2013 vollzogene Fusion von Berlin Partner und der TSB Innovationsagentur als eine gemeinsame Institution der Berliner Wirtschaftsförderung. Berliner und ansiedlungswillige Unternehmen aus anderen Bundesländern profitieren künftig von abgestimmten Angeboten aus einer Hand.

Mit 15 Hochschulen in öffentlicher und 26 in privater Trägerschaft sowie 52 außer-universitären Forschungseinrichtungen ist der Wissenschaftsstandort Berlin besonders vielfältig und, wie beispielsweise die Drittmittelstatistik belegt, besonders leistungsfähig. Wichtig ist daher, dass nicht nur die innovative Wirtschaft am Standort optimale Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung vorfindet, sondern dass auch die Wissenschaft

ihren nationalen Vorsprung weiter ausbauen kann und dieses Potenzial der regionalen Wirtschaft zur Verfügung steht.

Für die Berliner Wissenschaft wurden im Jahr 2013 wichtige Weichen gestellt: Mit dem Abschluss der Hochschulverträge für die Jahre 2014 bis 2017 hat der Senat trotz angespannter Haushaltslage Prioritäten gesetzt und den finanziellen Rahmen der öffentlichen Hochschulen ausgeweitet – eine aus Sicht der IHK Berlin erfreuliche Entwicklung. Zudem wurde das Berliner Institut für Gesundheitsforschung als Kooperation von Charité Universitätsmedizin und Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin gegründet. Wissenschaftliche Erkenntnisse finden so nicht nur schneller Eingang in die medizinische Regelversorgung, durch die institutionelle Kooperation von universitärer und außeruniversitärer Forschung ist zudem ein zukunftsweisender Forschungsraum entstanden, der Chancen bietet, ein Wissenschaftszentrum von Weltrang zu schaffen.

Kooperation ist für Wissenschaft wie für Wirtschaft ein Schlüssel zum Erfolg. Dazu bedarf es funktionierender Netzwerke. Das Institut für Angewandte Forschung in Berlin (IfAF) als gemeinsame Forschungseinrichtung der vier Berliner Fachhochschulen in öffentlicher Trägerschaft hat sich hier in den vergangenen Jahren zur Erfolgsstory entwickelt. Unter Leitung von IHK-Ehrenpräsidenten Werner Gegenbauer hat das Kuratorium 2013 acht neue Kooperationsprojekte auf den Weg gebracht. Insgesamt wurden 16 Projekte gefördert. Umso wichtiger ist es, dass die weitere Finanzierung des Instituts gesichert wird – auch hierfür macht sich die IHK stark.

Im Masterplan Industriestadt Berlin 2010–2020 konnten einzelne Bausteine, wie ein aktiverer Austausch zwischen Verwaltung und Unternehmen, Maßnahmen für eine intensivere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft, die Vernetzung der Career Services oder die „Lange Nacht der Industrie“ positiv gestaltet werden. Große Linien für die Ausrichtung der Industriepolitik in Berlin wurden aber nicht fortgeschrieben. Deshalb fordert die IHK Berlin gemeinsam mit Unternehmern, dass eine Weiterentwicklung der Industriepolitik dringend in Angriff genommen werden muss. Anliegen ist es, mittels ressortübergreifender Commitments innerstädtische Produktion - seien es Bestand, Erweiterung oder Neuansiedlung - auch künftig zu ermöglichen.

Handlungsbedarf gibt es auch bei der Clusterpolitik des Landes Berlin, für die eine Gesamtstrategie fehlt. Zudem ist es bislang nicht gelungen, die Clusterpolitik mit anderen strategischen Initiativen, wie zum Beispiel dem Masterplan Industrie oder dem

Stadtentwicklungskonzept 2030, zu verzahnen. Die IHK Berlin engagierte sich vorrangig in einzelnen Clustern. So wurde beispielsweise im Cluster Gesundheitswirtschaft der evaluierte Masterplan unter enger Beteiligung der IHK neu aufgesetzt. Zudem setzt sich die IHK Berlin nachdrücklich für die Schaffung eines Clusters Green Economy ein, damit dieser bereits heute starke Zukunftsmarkt in Berlin weiter wächst und die Hauptstadt ihre Spitzenposition für nachhaltige Technologien behaupten kann.

Eine immer wichtigere Rolle spielt die nach wie vor boomende Start-up-Szene der Hauptstadt. Die IHK Berlin verstärkte deshalb personell ihr Team, um junge Unternehmen bei der Bildung neuer Netzwerke und bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründungen zu unterstützen. Mit Veranstaltungen wurde die junge Unternehmergegeneration entsprechend ihres Informationsbedarfes gezielt angesprochen. Im Mittelpunkt standen unter anderem Finanzierungsformen, die auf die Bedürfnisse der jungen Unternehmen zugeschnitten sind. Da jedes Unternehmen neben Kapital vor allem gute Köpfe braucht, bietet die IHK Berlin seit 2013 unter anderem den neuen „Business Welcome Service“. Dieser erleichtert vielen "Neuberlinern" mit außereuropäischen Wurzeln den Start ins Wirtschaftsleben Berlins. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des "Business Welcome Services" lotsen dabei die Gründer und Fachkräfte mit einem mehrsprachigen Angebot durch den Berliner Behördenschwungel, so dass die Verfahren transparent und verständlich werden.

Aktiv und erfolgreich hat sich die IHK Berlin auch eingebracht, wenn es darum ging, Standorte weiterzuentwickeln beziehungsweise neue Perspektiven für Zukunftsstandorte aufzuzeigen, z. B. für die Weiterentwicklung von Buch, zur Nutzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof und für die Erschließung von Schöneeweide, wo nunmehr ein seit langem gefordertes Technologie- und Gründungszentrum entstehen soll, das Synergien aus Wissenschaft und Wirtschaft besser nutzen soll. 2013 wurde auch der Masterplan zur weiteren Entwicklung des "Noch-Flughafens" Tegel zur "Berlin TXL Urban Tech Republic" verabschiedet. Beharrlich ist die Wirtschaft dafür eingetreten, dass dort ein Forschungs- und Technologiestandort für Zukunftsindustrien entstehen kann, der Wachstum auf dem Feld der wissensbasierten Urbantechnologies verspricht. Damit der Beuth-Hochschule – deren Umzug auf das Airportgelände bereits feststeht – auch Wirtschaftsunternehmen ohne Zeitverzug folgen können, wird sich die IHK weiterhin dafür stark machen, dass der Masterplan schnellstmöglich in die Realität umgesetzt wird.

Mit dem Spatenstich zum 16. Bauabschnitt der A 100 im Mai 2013 wurde eine langjährige Forderung der IHK erfüllt. Die Verlängerung der Berliner Stadtautobahn A 100 nach Treptow ist das wichtigste Straßenbauprojekt der Hauptstadtregion. Sie schafft die für den Wirtschaftsverkehr dringend benötigte Ost-West-Verbindung, entlastet so die Innenstadt und sorgt für eine bessere Erreichbarkeit des neuen Flughafens BER. Für eine funktionsfähige und nachhaltige Straßennetzstruktur muss aber der mittlere Stadtring – auch in Form von Stadtstraßen – schnell geschlossen werden. Mit der Anmeldung des 17. Bauabschnittes der A 100 von Treptow nach Friedrichshain für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 hat der Senat den Forderungen der Wirtschaft entsprochen.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der IHK Berlin 2013

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Jahr 2010 begonnene finanzielle Entlastung der Mitglieder wurde auch im Geschäftsjahr 2013 fortgesetzt. Nach einem beitragsmäßigen Entlastungsvolumen von 13,5 Mio. € in den Jahren 2010 und 2011, wurden 2012 die ausbildenden Betriebe entlastet. Für alle ab dem Geschäftsjahr 2012 abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse wurde der Deckungsgrad auf 50 % Prozent gesenkt, was einem Entlastungsvolumen für die ausbildenden Unternehmen von 3 Mio. € pro Ausbildungsjahrgang entspricht. Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Beiträge erneut gesenkt. Der Umlagehebesatz sank um 17,9 % auf 0,23 % des Gewerbeertrages bzw. des Gewinns aus Gewerbebetrieb. Des Weiteren wurden sämtliche Grundbeiträge um 20 % reduziert. Insgesamt ist damit die Berliner Wirtschaft seit 2010 um bis zu 50,6 Mio. € entlastet worden.

Diese Entwicklung ist nur durch den langjährigen konsequenten Sparkurs sowie die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2013 möglich geworden. So konnte 2012 der in den letzten Jahren begonnene Prozess der Vermögensbildung abgeschlossen werden. Der nicht mehr zur erforderlichen Vermögensbildung benötigte Überschuss des Geschäftsjahres 2012 in Höhe von 11,66 Mio. € wird nach einer im Januar 2014 getroffenen Entscheidung der Vollversammlung nicht erstattet, sondern einer neu gebildeten Rücklage für bildungspolitische Zwecke zugeführt. Mit der Rücklage, die um das Jahresergebnis 2013 auf 15,0 Mio. € aufgestockt werden soll, werden Projekte in der beruflichen Bildung unterstützt, da diese Existenzbedingung für die Wirtschaft in einer wissensbasierten Gesellschaft ist. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die größten Sorgen der Berliner Wirtschaft die mangelnde

Ausbildungsreife von Berliner Schulabgängern sowie der Mangel an akademischen und insbesondere auch an beruflich qualifizierten Fachkräften sind. Dem gilt es Rechnung zu tragen. Deshalb sollen, um die positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft dauerhaft zu sichern, die Rücklagenmittel zur Förderung der Qualifikation eingesetzt werden. Über deren Verwendung wird ein aus Mitgliedern der Vollversammlung gebildeter Lenkungskreis und das Gremium selbst entscheiden. Die Rücklage wird ratierlich gemäß den ausgewählten Projekten ausgelöst.

Das Bilanzvolumen der IHK Berlin ist gegenüber dem 31. Dezember 2012 um 3,3 Mio. € auf 263,9 Mio. € gestiegen. Die Zunahme basiert überwiegend auf der Zunahme des Anlagevermögens um 8,8 Mio. €, während das Umlaufvermögen um 5,5 Mio. € abgenommen hat. Die Volumenveränderung manifestiert sich im Anstieg des Eigenkapitals. Auf der Aktivseite steigen die Finanzanlagen um 7,5 Mio. €. Vom Finanzanlagevermögen entfallen 80,4 Mio. € auf zwei der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Die Darlehensgewährungen erfolgten im Rahmen der Finanzierung des Ludwig Erhard Hauses. Der Zuwachs bei den Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt 8,9 Mio. € und resultiert aus der Umwidmung von angelegtem Umlaufvermögen. Eine weitere Umwidmung von flüssigen Mitteln in Finanzanlagen zur Deckung der für die Vorsorge erforderlichen Rücklagen und Rückstellungen erfolgte wegen des geringen Zinsniveaus und der damit erzielbaren Renditen nicht.

Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital 2013, um 3,4 Mio. € auf 152,4 Mio. €. Es ist vorgesehen, das Jahresergebnis 2013 von 3,3 Mio. € der neu gebildeten Rücklage für bildungspolitische Zwecke zuzuführen. Die Rückstellungen erhöhen sich 1,2 Mio. € auf 44,1 Mio. €; davon entfallen 39,7 Mio. € auf Pensionsrückstellungen. Im Vergleich zum Vorjahr nehmen die Pensionsrückstellungen nur geringfügig zu, weil die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr berücksichtigt wurde. Erhöht wurde die Rückstellung für Prozesskosten wegen der beiden anhängigen Rechtsstreitigkeiten mit der Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH über die Höhe der Leasingraten und die Wirksamkeit des bis 2027 laufenden Leasingvertrages auf 1,8 Mio. €. Die Verbindlichkeiten haben aufgrund der planmäßigen Tilgungen um 0,8 Mio. € auf 65,9 Mio. € abgenommen. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 62,8 Mio. €, die ausschließlich zur Finanzierung des LEH aufgenommen wurden.

Die Ertragslage ist erheblich durch die Beiträge geprägt. Sie tragen mit 74,8 % zu den Betriebserträgen bei. Auf Umlagen entfallen 54,7 % und auf Grundbeiträge 45,3 % des Beitragsaufkommens.

Die Gebühren, die die IHK Berlin für hoheitliche Tätigkeiten erhebt, tragen mit 7,7 Mio. € zu den Erträgen bei. Davon entfallen 76,62 % auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Das gegenüber dem Vorjahr rückläufige Aufkommen der Ausbildungsgebühren resultiert mit aus der zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 vorgenommenen Reduzierung des Deckungsgrades auf 50 % für alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse. Die sonstigen Gebühren setzen sich aus den Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde und den Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie den Aufgaben „Registrierung der Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler“ zusammen.

Die Entgelte und sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit 6,5 Mio. € zu den Aufkommen bei. Die Erträge aus Entgelten haben daran einen Anteil von 2,6 Mio. €. Die Erträge aus Entgelten setzen sich überwiegend aus Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (76,92 %) zusammen. Der Betrieb des LEH steuert zu den Nebenerlösen 1,9 Mio. € bei.

Unter den Betriebsaufwendungen bilden der Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 16,4 Mio. € bzw. 29,6 Mio. € die größten Posten. Von dem Personalaufwand entfallen auf Gehälter (einschl. Aushilfen, Altersteilzeit, Veränderung der Personalrückstellungen) 13,7 Mio. €. Davon entfallen auf Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen 13,5 Mio. €. Zum Jahresende waren 258 Mitarbeiter beschäftigt, dies entspricht einer Personalkapazität von 235,09 Vollzeitäquivalenten.

Für die Veränderungen der Pensionsverpflichtungen waren gemäß der Methodenänderung nach BilMoG 0,3 Mio. € beim Personalaufwand und im Finanzergebnis 2,0 Mio. € für die Aufzinsung aufzubringen. Der Betrag schließt die Aufwendungen für die Ruhegehälter und die Hinterbliebenenversorgung mit ein. 522 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Die Aufwendungen für die Leasingraten des LEH, des Erbbauzins und der Miete für die 1,5 Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 20 haben mit 14,9 Mio. € einen Anteil von 50,3 % an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für die outgesourcten Dienstleistungen (operativen Dienstleistungen für das LEH und dessen Steuerung, Expedition, EDV, Berlin Partner GmbH, Rechts- und Beratungskosten) fielen 3,4 Mio. € an. Für die Instandhaltung des LEH, der Geschäftsausstattung, für Wartungsverträge für Hard- und Software waren insgesamt 2,6 Mio. € aufzubringen. Davon entfielen 1,9 Mio. € auf

Instandsetzungsmaßnahmen für das LEH, wie Fortsetzung der Erneuerung Gebäudeleitechnik, Sanierung von WCs und verschiedenen Teilen des Daches sowie die Modernisierung der Lüftungs- und Brandmeldeanlage.

Die anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben 2,9 Mio. € betragen. Für Abschreibungen auf Forderungen, Wertberichtigungen waren 1,9 Mio. € zu leisten.

Vom Materialaufwand von 7,3 Mio. € entfallen 1,1 Mio. € auf Materialeinsatz und 6,2 Mio. € auf bezogene Fremdleistungen. Unter Materialaufwand sind alle nach außen gerichteten betrieblichen Leistungen und Produkte zu verstehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird.

Das Finanzergebnis hat zum Ergebnis 2,0 Mio. € beigetragen (nach 1,1 Mio. € im Vorjahr). Es ist durch die Methodenänderung nach BilMoG abgerechneten Aufzinsung, das anhaltend niedrigere Zinsniveau und die volatilen und unattraktiven Marktverhältnisse auf dem Anleihemarkt sowie einen geringen Wertberichtigungsbedarf auf Wertpapiere geprägt.

Investitionen

Die IHK Berlin hat im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 1,4 Mio. € in das immaterielle Vermögen und 0,8 Mio. € in Sachanlagen sowie 9,7 Mio. € in Finanzanlagen investiert. Als wesentliche Sachanlagen wurden Möbel (100 T€) und Hardware (IT-Netzwerk und Storagesystem, zusammen 548 T€) angeschafft. Für den weiteren Aufbau des Kundenbeziehungsmanagements fielen 504,7 T€ , des Lucida Themenmanagements 300,0 T€ und des Identy-Managementsystems 286,0 T€ an.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die gute Ertragslage und die Vorsorge der vergangenen Jahre geprägt. Die Liquidität des Geschäftsjahres hat ausgereicht sämtliche Verpflichtungen zu erfüllen, sowie die Investitionen zu 80 % zu finanzieren. Dabei ist zu beachten, dass es sich überwiegend um Investitionen in Finanzanlagen aus dem Umlaufvermögen handelt. Infolge des geringen Zinsniveaus konnten nicht mehr flüssige Mittel in attraktive Anlagen investiert werden.

Die Rücklagen sind - ohne Vorsorge für Risiken für Altpensionsverpflichtungen außerhalb BilMoG - durch entsprechende Liquidität untersetzt. Die Pensionslasten (Rückstellungen und Rücklage) sind zu 64,06% durch Liquidität unterlegt (25,89 % unter Einbeziehung der obigen Rücklage).

Chancen und Risiken

Das implementierte Risiko- und Compliance-Management-System, das Teil des internen Kontrollsystems ist, ermöglicht eine frühzeitige Erkennung der bestands-, erfolgs- und existenzgefährdender Risiken sowie eine kontinuierliche Überwachung aller Entscheidungen und Entwicklungen in den Geschäftsbereichen und im Facility Management. Die Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen zur Identifizierung von rechnungslegungsbezogenen Risiken hat die Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in einer weiteren Prüfung des internen Kontrollsystems der IHK Berlin bestätigt. Risiken, die den Fortbestand der IHK unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden aktuell nicht gesehen.

Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurden, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse, die über die normale Entwicklung der Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

Aktuelle Entwicklung und Ausblick 2014

Die Wirtschaftsführung 2014 der IHK Berlin steht wie in den Vorjahren unter dem Primat der strengen Haushaltsführung. Dazu gehört insbesondere eine effiziente Personal- und Finanzstrategie, ohne dabei Abstriche an der Leistungsfähigkeit zu machen. Und der Entlastungskurs für die Unternehmen wird auch im neuen Geschäftsjahr fortgesetzt. Nach der Senkung der Beiträge in den Jahren 2010, 2011 und 2013 sowie der Senkung der Ausbildungsgebühren auf einen Deckungsgrad von 50 % für alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse im Jahr 2012 werden in 2014 die Beiträge erneut gesenkt. Der Umlagehebesatz sinkt um 8,7 % auf 0,21 % des Gewerbeertrages bzw. des Gewinns aus

Gewerbebetrieb. Die entspricht einer jährlichen Entlastung um 1,3 Mio. €. Seit 2010 ist die Berliner Wirtschaft beitragsmäßig um 72 Mio. € entlastet worden. Der Wirtschaftsplan 2014 sieht keine Rücklagenzuführungen mehr vor. Das leicht negativ geplante Jahresergebnis wird durch Rücklagenentnahme ausgeglichen. Für 2014 ist vorgesehen, mit der Mitfinanzierung bildungspolitischer Projekte zu beginnen.

Berlin, den 30. Mai 2014

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Bilanz der IHK Berlin zum 31.12.2013

AKTIVA	Bilanz per		PASSIVA	Bilanz per	
	31.12.2013	31.12.2012		31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen	211.852.451,61	203.079.627,62	A. Eigenkapital	152.381.711,45	149.021.075,86
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.787.802,73	653.846,44	I. Nettoposition	7.489.575,22	7.489.575,22
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	764.091,00	482.846,00	II. Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	24.348.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	1.023.711,73	171.000,44	III. Andere Rücklagen	105.526.718,96	103.764.131,10
II. Sachanlagen	10.463.319,24	10.310.095,21	IV. Ergebnisvortrag	11.656.739,01	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	8.683.984,00	8.688.515,00	V. Ergebnis	3.360.678,26	13.419.369,54
2. Technische Anlagen und Maschinen	30.667,00	41.125,00	B. Sonderposten	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.748.668,24	1.580.455,21	I. Sonderposten für Planreste	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	II. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	199.601.329,64	192.115.685,97	C. Rückstellungen	44.056.420,72	42.893.283,38
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	39.721.368,00	39.526.168,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2. Steuerrückstellungen	1.172.000,00	1.172.000,00
3. Beteiligungen	1,00	1,00	3. Sonstige Rückstellungen	3.163.052,72	2.195.115,38
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	D. Verbindlichkeiten	65.927.408,70	66.701.675,61
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (einschl. Festgelder)	109.726.087,81	100.782.229,08	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62.781.239,92	64.815.797,56
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	89.875.240,83	91.333.455,89	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.067,40	6.055,67
B. Umlaufvermögen	51.672.478,07	57.213.227,87	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.176.367,40	1.143.584,40
I. Vorräte	446.978,49	637.817,02	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	70.962,95	72.789,69	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
2. Unfertige Leistungen	376.015,54	565.027,33	6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.961.733,98	736.237,98
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.490.878,98	1.956.880,58
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.405.250,81	8.748.617,49			
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	5.862.147,03	7.264.632,77			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.543.103,78	1.483.984,72			
III. Wertpapiere	2.017.733,41	2.017.733,41			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.017.733,41	2.017.733,41			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	41.802.515,36	45.809.059,95			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	331.490,17	280.059,94			
SUMME AKTIVA	263.856.419,85	260.572.915,43	SUMME PASSIVA	263.856.419,85	260.572.915,43

Berlin, den 30.05.2014

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Erfolgsrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2013

	Beträge in €	
	Ist 2013	Ist 2012
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	41.514.003,37	51.714.862,67
2. Erträge aus Gebühren	7.657.930,11	8.589.222,78
3. Erträge aus Entgelten	2.649.124,01	2.735.509,65
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-189.011,79	-65.632,67
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	3.892.958,34	8.520.227,73
davon: Erträge aus Erstattungen	129.684,11	176.776,28
davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	218.402,31	202.516,67
davon: Erlöse aus dem Ludwig-Erhard-Haus	1.925.502,80	2.036.864,83
Betriebserträge	55.525.004,04	71.494.190,16
7. Materialaufwand	-7.291.532,62	-6.821.315,83
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.096.181,38	-926.342,52
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-6.195.351,24	-5.894.973,31
8. Personalaufwand	-16.402.680,77	-15.058.413,18
a) Gehälter	-13.665.400,07	-12.598.399,73
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.737.280,70	-2.460.013,45
9. Abschreibungen	-874.383,01	-815.275,06
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-874.383,01	-815.275,06
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.578.727,29	-25.234.798,11
davon: Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	-14.870.588,23	-12.312.985,04
davon: Aufwendungen für Fremdleistungen (u.a. Bewirtschaftung LEH, EDV-Dienstleistungen, Miete Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner GmbH)	-3.382.354,80	-3.101.262,64
Betriebsaufwand	-54.147.323,69	-47.929.802,18
Betriebsergebnis	1.377.680,35	23.564.387,98
11. Erträge aus Beteiligungen	29.450,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.754.074,20	6.852.425,90
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	418.417,85	409.958,07
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-385.394,00	-998.723,76
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.832.937,81	-5.139.660,67
Finanzergebnis	1.983.610,24	1.123.999,54
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.361.290,59	24.688.387,52
16. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	-1.172.262,98
19. Sonstige Steuern	-655,00	-655,00
20. Jahresergebnis	3.360.635,59	23.515.469,54
21. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr (+ Überschuss / - Fehlbetrag)	11.656.739,01	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen	42,67	7.400,00
- aus anderen Rücklagen	42,67	7.400,00
23. Einstellungen in Rücklagen	0,00	-10.103.500,00
davon in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
davon in die Liquiditätsrücklage	0,00	-3.000.000,00
davon in die Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	0,00	-6.903.500,00
davon in die Rücklage für Instandsetzungen des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	0,00
davon in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	0,00	-200.000,00
24. Ergebnis	15.017.417,27	13.419.369,54
nachrichtlich: Ergebnisverwendungsvorschlag	15.017.417,27	13.419.369,54
davon Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
davon Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	0,00
davon Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	0,00	603.030,53
davon Instandsetzung des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	964.200,00
davon in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	0,00	195.400,00
davon Ergebnisvortrag	0,00	11.656.739,01
davon Rücklage für bildungspolitische Zwecke	15.017.417,27	0,00

Finanzrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2013

	Beträge in €	
	Ist 2013	Ist 2012
1. Jahresergebnis (+ Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag) vor außerordentlichen Posten	3.360.635,59	23.515.469,54
2. a) +/- Abschreibungen / Zuschreibungen	1.259.583,01	1.772.685,29
b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	0,00	0,00
3. +/- Veränderungen Rückstellungen / RAP	645.705,51	-3.444.399,18
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0,00
5. +/- Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	-175.740,05	-76.124,73
6. +/- Veränderungen aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.534.205,21	1.101.354,54
7. +/- Veränderungen aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.260.290,73	916.323,18
8. +/- Außerordentliche Posten	0,00	0,00
9. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.884.680,00	23.785.308,64
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-759.191,40	-238.726,17
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-1.402.415,93	-309.667,86
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.959.230,58	1.460.546,02
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-9.654.290,20	-15.552.432,63
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-9.856.666,95	-14.640.280,64
17. a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
b) + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-2.034.557,64	-3.220.676,18
19. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.034.557,64	-3.220.676,18
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-4.006.544,59	5.924.351,82
21. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	45.809.059,95	39.884.708,13
22. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	41.802.515,36	45.809.059,95

Erläuterungen zur Bilanz

Vorbemerkungen

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der IHKs sind nach § 3 Abs.7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des HGB in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die IHK Berlin hat zum 31. Dezember 2013 einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß § 14 Finanzstatut vom 20. September 2006 (FS) i. V. m. Anlage 7 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts vom 02. Januar 2007 (RFS) aufgestellt, der auch die Regelungen des BilMoG berücksichtigt. Diese wurden im Vorgriff auf die anstehende Anpassung des Musterfinanzstatuts einbezogen.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 256 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der IHKs und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem in Anlage III FS vorgeschriebenem Gliederungsschema. Leerzeilen bzw. -posten werden ausgewiesen.

Die Vermögensverwaltung und die BgAs Verpachtung, Drucksachenverkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung werden im Jahresabschluss zusammengefasst in der Bilanz ausgewiesen. Die Werte des LEH sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen, jeweils zusammengefasst als LEH, dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind grundsätzlich das FS, die RFS, die Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie die §§ 246 ff. HGB sinngemäß maßgeblich. Die Bewertung der Vermögensgegenstände (VG) und Schulden im Rahmen der Eröffnungsbilanz (1. Januar 2007) erfolgte gemäß Anlage 7 RFS. Dabei waren die Vermögensgegenstände grundsätzlich zu Zeitwerten anzusetzen.

Im Einzelnen kamen folgende Wertansätze beim vorliegenden Jahresabschluss zur Anwendung:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände Die immateriellen VG wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in der IHK.

Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AfA-Tabellen zugrunde gelegt. Danach ist bei immateriellen Vermögensgegenständen eine Nutzungsdauer von drei oder fünf Jahren, bei IHK-spezifischer Software acht Jahre, angesetzt.

Grundstück Die Bewertung des unbebauten Grundstücks erfolgte im Rahmen der Eröffnungsbilanz durch ein Sachverständigengutachten. Dabei wurde der Grundstücksanteil Fasanenstraße 83 - 85 nach Bodenrichtwert (Vergleichswertverfahren) bewertet.

Technische und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde i. d. R. zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Vor 2008 angeschaffte Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

sind insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen. Für die in den Geschäftsjahren 2009 bis 2013 angeschafften GWG (Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 €) ist jeweils ein Pool gebildet worden.

Die Abschreibungswerte orientieren sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, die auf den amtlichen AfA-Tabellen basieren. Die Nutzungsdauer ist daher bei technischen Anlagen mit drei bis elf Jahren, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit drei bis 13 Jahren bemessen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Anteile an der CidS GmbH werden aus kammerpolitischen Gründen gehalten und sind deshalb mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt.

Die Anteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnheim Reichsstraße GmbH sind mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös und den Zuzahlungen in das Eigenkapital der Gesellschaft bewertet.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, maximal Nennwert, unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. Zur Risikobegrenzung werden die Geldanlagen in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten. Fonds sind im Gegensatz mit dem Kurswert bzw. den Anschaffungskosten angesetzt. Die Position beinhaltet auch die Festgeldanlagen für die Ausgleichsrücklage und die anderen Rücklagen, diese sind zum Nennwert ausgewiesen. Da diese Rücklagen langfristig gebunden sind und der IHK Berlin nicht zum kurzfristigen Wirtschaften zur Verfügung stehen, werden diese Anlagen hier als Anlagevermögen ausgewiesen.

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche sind, soweit sie nicht mit dem Barwert oder Rückkaufswert angesetzt sind, zum Nennwert bilanziert. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen entsprechen den Werten für die Ertragsteuerbilanz zum 31. Dezember 2013. Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen sind bei der Position zum Nennwert ausgewiesen, höchstens mit den Anschaffungskosten. Unter den sonstigen Ausleihungen sind

auch die Anteile an den Unternehmen aufgeführt, die die IHK aus sachlichen, standortfördernden oder ordnungspolitischen Gründen hält. Sie sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Umlaufvermögen

Vorräte und

Unfertige Leistungen

Das Vorratsvermögen wurde zu den Einkaufspreisen bewertet. Aufgrund des Erhebungszeitpunktes der Betreuungsgebühren treten im Bereich der Berufsausbildung unfertige Leistungen auf. Die Ermittlung erfolgt anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge pro rata temporis.

Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalbetrag oder dem niedrigeren beizulegenden Wert, unter Beachtung des Niederstwertprinzips, bewertet worden. Die Forderungen aus Beiträgen wurden, gemäß dem Zahlungsverhalten der vergangenen Jahre in pauschalierter Form einzelwertberichtigt. Für Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 % gebildet, sofern diese nicht zuvor einzelwertberichtigt wurden.

Flüssige Mittel

Die Guthaben sind zum Nominalwert ausgewiesen.

**Aktiver Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben, soweit sie auf künftige Perioden entfallen. Im Übrigen gilt für die Aufnahme als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Eigenkapital

Rücklagen Rücklagen sind zum Nominalwert ausgewiesen. Die Entnahme und die Zuführungen erfolgten gemäß Erfolgsplan.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellzeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Pensionsrückstellungen

Den Rückstellungen wurden nach den versicherungsmathematischen modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck berechnet. Sie wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2013 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 4,88 % p. a. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 2 % (Vorjahr 2 %) sowie eine Fluktuation von 6 % p. a. unterstellt. Erstmalig sind die Auswirkungen der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf das 67. Lebensjahr berücksichtigt worden. Die Regelungen von Art. 28 EGHGB kamen nicht zur Anwendung.

Sonstige Rückstellungen

Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 G auf der Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 3) ermittelt. Als Rechnungszinssatz wurden 3,76 % und als Gehaltstrend 2 % (Vorjahr 2 %) angesetzt.

Die Berechnung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgte ebenfalls unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszinssatz wurden 4,88 % - der von der Deutschen Bundesbank im Dezember veröffentlichte durchschnittliche Marktzins – angesetzt, der Anwartschaftstrend mit 2 % (Vorjahr 2 %) und die Fluktuation mit 6 % p. a.

Des Weiteren wurden die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Rückstellung für Beihilfe (eine Person) wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rechnungszinssatz wurden 4,88 % wie bei den Pensionsrückstellungen angesetzt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Es wurde der Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der zurückgestellte Betrag „Rechts- und Beratungskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwalts honorare und Gerichtskosten .

Die Rückstellung für Archivierung wurde aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs unter Berücksichtigung des gewerblichen Mietmarktes in Berlin gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Gliederung, Restlaufzeiten sowie Besicherungen sind aus dem Verbindlichkeitsspiegel ersichtlich.

**Passiver Rechnungs-
abgrenzungsposten**

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einzahlungen aus Gebühren für noch laufende Ausbildungsverträge vor dem Bilanzstichtag. Die Gebühren werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst. Dieses Prinzip gilt auch für Entgelte aus Langzeitlehrgängen. Für die übrigen Rechnungsabgrenzungsposten gilt grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Das immaterielle Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Softwarelizenzen, bewertet zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibung. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme der Software für das Lucida Themenmanagement (T€ 276).

Geleistete Anzahlungen auf Software

Im Geschäftsjahr wurden Abschläge auf Software für das Kundenbeziehungsmanagement (T€ 505), das Identity Management (T€ 286), das Software- und Client-Management (T€ 92) und die Fortführung des Themenmanagements (T€ 24) geleistet.

Sachanlagen

Grundstück und Nutzereinbauten im LEH

Der Anteil der IHK am Grundstück Fasanenstraße 83 – 85 beträgt 52 %.

Das Grundstück ist mit einem Erbbaurecht zugunsten der Immobilienvermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG belastet. Diese Gesellschaft hat das Recht bilanziert. Der Erbbauverpflichtete hat in seiner Bilanz das Grundstück als unbebautes Grundstück zu aktivieren. Der Bodenwert für das Grundstück beträgt gemäß Sachverständigengutachten 8,63 Mio. €. Der Verkehrswert wird in Anlehnung an den ermittelten Bodenwert auf dieselbe Höhe geschätzt. Ein Abschlag ist nicht vorzunehmen, da der Erbbauzins ortsüblich und marktgerecht ist.

Die Nutzereinbauten betreffen den Umbau des Börsenparketts in eine Gastro-MRT-Praxis im LEH.

Technische Anlagen und Maschinen

Der Posten Technische Anlagen und Maschinen betrifft überwiegend die Prüfküche im LEH.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung des LEH betrifft den Küchen- und Restaurantbereich, das Konferenzzentrum sowie die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG), Büromöbel. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf planmäßigen Neuanschaffungen im Rahmen des Projektes der Netzwerkerneuerung (T€ 253) und eines Storage-Systems (T€ 170).

FinanzanlagenAnteile an verbundenen Unternehmen, s. Umlaufvermögen

Die hundertprozentige Tochter Wohnheim Reichsstraße GmbH wird im Umlaufvermögen ausgewiesen; vgl. Umlaufvermögen.

Beteiligungen

Die IHK hält 50 % vom eingezahlten Stammkapital der CidS Computer in die Schulen gemeinnützigen GmbH. Die Beteiligung ist mit dem Erinnerungswert angesetzt, da bei Auflösung der Gesellschaft der Gesellschaftsvertrag den Verzicht auf die Rückforderung des eingezahlten Kapitalanteils vorsieht. Die Beteiligung an der Gesellschaft ist zum 31. Dezember 2014 gekündigt.

Wertpapiere des Anlagevermögens, einschl. Festgelder

Die Geldanlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und Festgelder, dienen zur vermögensmäßigen Unterlegung der Rücklagen und der Pensionsrückstellungen. Die Anlage erfolgt unter Beachtung der Anlagevorschriften in Wertpapieren und in Fonds. Angelegt wird in Papieren mit höchster Bonität. Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
Festverzinsliche Wertpapiere	65,36 Mio. €	68,27 Mio. €
Fondsanteile	1,10 Mio. €	1,71 Mio. €
Festgelder	43,26 Mio. €	30,80 Mio. €
Summe:	109,72 Mio. €	100,78 Mio. €

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen.

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Die sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche setzen sich zusammen aus:

- Darlehen an Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (80,4 Mio. €, Vj.: 82,4 Mio. €)
- Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen (unverändert 1,5 Mio. €)
- Sonstige Anteile (146,4 T€; Vorjahr: 146,0 T€)
 - Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH
 - Berlin Partner GmbH
- BBB Bürgschaftsbank Berlin- Brandenburg GmbH (Zunahme um 400 € wegen Übernahme eines zusätzlichen Beteiligungsanteils von 0,01 % an der BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, insgesamt 0,96 %)
 - IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH
 - Messe Berlin GmbH
 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für die Länder Brandenburg und Berlin GmbH
- Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (7,8 Mio. €, Vj.: 7,3 Mio. €)

Die Darlehensforderungen gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG resultieren aus zwei gewährten Darlehen, eins zur Finanzierung der gestiegenen Baukosten des LEH, das zweite im Rahmen der Umfinanzierung des LEH. Die Rückdeckungsansprüche betreffen die zur Rückdeckung von Pensionszusagen abgeschlossenen Versicherungen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Unfertige Leistungen

Bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden vorwiegend Broschüren ausgewiesen. Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr; zweigeteilt zu Anfang und zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung zu erreichen, ist die Bildung von Unfertigen Leistungen sowie eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens erforderlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen (nach Wertberichtigung)

Die Forderungen setzen sich aus Beiträgen (5.519,7 T€; Vj.: 6.632,3 T€), Gebühren (131,0 T€; Vj.: 321,2 T€), Entgelten (144,3T€, Vj.: 276,7 T€) sowie Miet- und Pachteinnahmen aus dem LEH (67,1 T€; Vj.: 34,5 T€) zusammen.

Forderungen aus Beiträgen

Der Rückgang der Forderungen um 1.112,6 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem geringeren Veranlagungsvolumen und der Vollstreckung aller Beitragsforderungen des Geschäftsjahres 2012 (15.000 Fälle mit einem Forderungsvolumen von 4,4 Mio. €). Zum Ende des Jahres 2013 bestanden noch offene Forderungen in Höhe von 883,5 T€.

Die Forderungen aus Beiträgen (vor Wertberichtigung 9,85 Mio. €; davon 5,23 Mio. aus Vorjahren) sind bei Handelsregister-Unternehmen (HR) bzw. Kleingewerbetreibenden (KGT) um folgende pauschalierte Wertberichtigungen korrigiert:

Geschäftsjahre	HR	KGT
2013	20 %	20 %
2012	40 %	50 %
2011	60 %	80 %
2010	80 %	100 %
2009 und weitere	100 %	100 %

Die Forderungen aus streitigen Bemessungsgrundlagen – die Gewerbesteuerbescheide sind angefochten worden und/oder gerichtsanhängig – belaufen sich auf 2.556,9 T€ (Vj.: 2.218,2 T€).

Zur Überprüfung der periodengerechten Erfassung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden potentiellen Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese belaufen sich auf:

	31.12.2013	31.12.2012
	T€	T€
Beitragsansprüche	19.071	16.531
- davon laufendes Jahr	2.818	1.845
- davon Vorjahre (rechnerisch)	16.253	14.686
Erstattungsverpflichtungen	3.728	3.906
- davon laufendes Jahr	22	14
- davon Vorjahre (rechnerisch)	3.706	3.892
Saldo	15.343	12.625

Die stetige Bilanzierung der IHK Berlin zeichnet sich dadurch aus, dass nur beschiedene Forderungen und damit realisierte Beiträge erfasst werden. Eine Verarbeitung dieser noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen im laufenden Geschäftsjahr ist darüber hinaus wegen Kollision mit dem effizienten Forderungsmanagement - Veranlagung, Mahnung, Beitreibung in einem Jahr – nicht sinnvoll, weil die Rechtsgrundlage für die Beitreibung - bestandskräftiger Bescheid – entfallen würde. Die Verbescheidung der Bemessungsgrundlagen erfolgt deshalb stetig im Rahmen der nächsten Hauptveranlagung im Februar / März 2014. Im Erfolgsplan 2014 sind sie als Beiträge aus Vorjahren ausgewiesen (Planwert 16,3 Mio. €).

Forderungen aus Gebühren und Entgelten sowie aus sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 474,5 T€. Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Servicebereich.

Die Forderungen, die sich im Amtshilfeersuchen bzw. im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden zu 100 % einzelwertberichtigt, Forderungen in Mahnung wurden zu 30 % einzelwertberichtigt (insgesamt 115,3 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand aus Gebühren, Entgelten sowie sonstigen Lieferungen und Leistungen erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 4,7 T€).

Die Forderungen aus dem LEH betreffen Mieten, Betriebskostenpauschalen, Betriebskostenvorauszahlungen und die Betriebskostenabrechnung 2012. Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 79,2 T€. Eine im Vorjahr zu 2/3 einzelwertberichtigte Forderung (11,0 T€) wird vorgetragen. Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 1,1T€).

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Gegen das verbundene Unternehmen, die Wohnheim Reichsstraße GmbH, bestehen keine Forderungen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich aus Forderungen gegen Kreditinstitute (1.476,2 T€), aus Umsatzsteuer in Höhe von 3,1 T€ sowie gegen den DIHK aus Abwicklung Versicherungsvermittlerregister von 4,0 T€ zusammen. Des Weiteren werden Forderungen in Höhe von 51,6 T€ an Zuwendungsgeber für die Projekte „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ und aus dem Programm „Neue Märkte erschließen – Gemeinschaftsprojekte“ (Delegationsreise Vietnam/VAE) und debitorische Kreditoren von 6,7 T€ ausgewiesen.

Bei den Sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen resultieren.

Wertpapiere

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Gesellschaft hat als wesentliches Vermögen ein mit einem Wohnheim bebautes Grundstück. Sie soll veräußert werden.

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks

Die Guthaben und Bestände wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Auf die Rechnungsabgrenzungsposten entfallen:

- Erbauzins (94,6 T€)
- Prüfungsunterlagen und Wartungsverträge (236,9 T€)

PASSIVA**Eigenkapital**

Die **Nettoposition** beträgt 4,9 % des Eigenkapitals.

Die Rücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Rücklage	Stand 01.01.2013	Ergebnis- verwendung 2012	Planzuführung/ Entnahme 2013	Stand 31.12.2013
Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	0,00	0,00	24.348.000,00
Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	0,00	0,00	24.348.000,00
Liquiditätsrücklage (künftig: Rücklage Risiken LEH-Leasing)	21.332.300,00	0,00	0,00	21.332.300,00
Instandsetzung LEH	11.400.000,00	964.200,00	0,00	12.364.200,00
Kreditilgungsrücklage LEH	56.068.188,43	603.030,53		56.671.218,96
Umstrukturierung Qualitätssteigerung Personal	42,67	0,00	-42,67	0,00
Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	14.963.600,00	195.400,00	0,00	15.159.000,00
Andere Rücklagen	103.764.131,10	1.762.630,53	-42,67	105.526.718,96

Die **Ausgleichsrücklage** ist gemäß § 15 (3) FS zwischen 30 % und 50 % der Betriebsaufwendungen zu dotieren. Sie dient dem Ausgleich des Wirtschaftsplans bei ungenügenden Erträgen, die hauptsächlich durch konjunkturell bedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen entstehen. Der Anteil der Ausgleichsrücklage i. H. v. 24.348 T€ an den Aufwendungen des Erfolgsplanes 2013 (61.425,7T€) beträgt 39,6%.

Andere Rücklagen

Die Zusammensetzung der anderen Rücklagen ist aus der obigen Tabelle zu entnehmen.

Die Liquiditätsrücklage (künftig: Rücklage Risiken LEH-Leasing) dient zur Absicherung der finanziellen Risiken des bis 2027 laufenden Leasingvertrage und der an die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen.

Ergebnis

Das Jahresergebnis 2013 in Höhe von 3.360,68 T€ soll der, gemäß Vollversammlungsbeschluss vom 10. Januar 2014, gebildeten Rücklage für bildungspolitische Zwecke zugeführt werden. Die Rücklage würde sich damit auf 15.017,4 T€ belaufen, statt der geplanten 13.000,0 T€. Der Unterschiedsbetrag könnte für die Unterstützung von Projekte im Bereich „lebenslanges Lernen“ verwendet werden.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen (39.721,4 T€; Vorjahr 39.526,2 T€) beinhalten neben den Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern auch die Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern der früheren hundertprozentigen IHK-Tochter BAO Berlin International. Diese sind aus Transparenzgründen gesondert im Anhang dargestellt. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ist diese Gesellschaft in der Berlin Partner GmbH aufgegangen. Für die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Anwartschaften ist die IHK rückstellungspflichtig. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Umstellung der Bewertungsparameter nach dem BilMoG. 522 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Steuerrückstellungen

Die Rückstellung für Körperschaft-, Gewerbe-, Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag für einige BGAs (Weiterbildung, Messen und Veranstaltungen) wurde im Geschäftsjahr 2013 für Steuerrisiken in Höhe von 1.172 T€ nicht in Anspruch genommen. Sie betrifft mit 688 T€ die Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer für die Jahre 2010 bis 2012. Für diesen Zeitraum betreffen 484 T€ die Kapitalertragsteuer inkl. Solidaritätszuschlag. Für die Jahre davor besteht kein Steuerrisiko. Der Rückstellung liegt eine worst-case-Betrachtung zu Grunde. Ursächlich für die Ausweisung ist die vorläufige Nichtanerkennung von Betriebsausgaben (u. a. Personal-, Hauskosten) durch die Finanzverwaltung, da diese schon im Rahmen der hoheitlichen Tätigkeit anfallen und die Erfüllung der Aufgabentätigkeit der IHK betriebsnotwendig sind. Nach Auffassung der IHK Berlin erfolgen die Zuordnungen von Betriebsaufwendungen nach den allgemeinen Kostenrechnungsmethoden. Darüber hinaus betrifft die Auffassung der Finanzverwaltung, die auf einem Urteil des Bundesfinanzhofs aus dem Jahr 1991 fußt, den anders gelagerten Fall der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe gemeinnütziger Unternehmen und Vereine. Eine abschließende Entscheidung der Finanzverwaltung steht noch aus.

Sonstige Rückstellungen

- Personalarückstellungen 1.040,1 T€ (Vorjahr 928,4 T€)
- Rückstellung für Prozesskosten 1.794,3 T€ (Vorjahr 889,7 T€)
- Rückstellung für Jumboveranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten 18,8 T€ (Vorjahr 73,7 T€)
- Sonstige übrige Rückstellungen 309,9 T€ (Vorjahr 303,3 T€)

Zur Prozesskostenrückstellung wird für einen weiteren Rechtsstreit mit dem Zwischenleasingnehmer ILV Immobilien Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH eine zusätzliche Zuführung vorgenommen. Gegenstand des ersten, seit 2013 bestehenden Rechtsstreits ist die Reduzierung der Leasingraten für das LEH. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung des komplizierten Leasingvertragskonstrukts haben sich berechnigte Zweifel an der Wirksamkeit des Leasingvertrages mit der ILV ergeben, weil insbesondere die Nachträge nicht den gesetzlichen Formerfordernissen entsprechen. Die IHK hat deshalb Feststellungswiderklage auf Unwirksamkeit des befristeten Leasingvertrages erhoben. Zur Abdeckung der finanziellen Risiken dieses zweiten Rechtsstreits werden die gesamten Anwalts- und Gerichtskosten für drei Instanzen in Höhe von 1.651,6 T€ zurückgestellt. Mit der Vorsorge für den Rechtsstreit um den Zwischengewinn mit der ILV betragen die beiden Rückstellungen nach Verbrauch im Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2013, abgezinst, 1.778,2 T€.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag €	Restlaufzeit			Gesichert e Beträge €	Art der Sicherung
		Bis 1 Jahr €	Zwischen 1 und 5 Jahren €	Mehr als 5 Jahre €		
Gegenüber Kreditinstituten	62.781.239,92	2.041.735,28	8.584.082,72	52.155.421,92	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.067,40	8.067,40	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus Lieferungen und Leistungen	1.176.367,40	1.176.367,40	0,00	0,00	0,00	0,00
Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	1.961.733,98	610.542,01	1.351.191,97	0,00	0,00	0,00
Summe	65.927.408,70	3.836.712,09	9.935.274,69	52.155.421,92	0,00	0,00

Gegenüber den Kreditinstituten bestehen folgende Verbindlichkeiten:

Darlehen LBB	62.773.647,48 €
Zinsen	7.592,44 €

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 122,5 T€ auf das LEH.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

- Kreditorische Debitoren (566,5 T€)
- Kauttionen der Nutzer des LEH (25,5 T€)
- Sicherheitseinbehalte aus Umbauten und Renovierung des LEH (50,0 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten (18,5 T€, davon 10,5 T€ USt.)
- Sonstige Verbindlichkeiten ILV (1.301,2 T€)

Die kreditorischen Debitoren entfallen überwiegend auf Beitragsguthaben.

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten sind die zurückgehaltenen Anteile der 61. bis 65. Leasingraten (4. Quartal 2012 bis einschl. 4. Quartal 2013) an die ILV in Höhe von 1.301,2 T€ (inkl. Zinsen) ausgewiesen. Dies erfolgte, weil die Leasingrate die Summe der Teilbeträge für die vereinbarte Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe übersteigt. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Ausführungen zum Leasingvertrag bei den Sonstigen finanziellen Verpflichtungen verwiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr größtenteils zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung der Erträge zu erreichen, ist die Bildung eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens sowie einer Unfertigen Leistung (Position Aktiva B I. 2) erforderlich. Die Erträge werden pro rata temporis pro Ausbildungsverhältnis ermittelt und ausgewiesen (1.387,7 T€).

Bei den Lehrgängen und Seminaren des Bereichs Weiterbildung gibt es jahresübergreifende Veranstaltungen. Die Erträge (53,3 T€) wurden veranstaltungsweise abgegrenzt.

Für im Dezember 2013 eingezahlte Gebühren für Gefahrgutfahrerprüfungen und Unterrichtungen im Bewachungsgewerbe sind 43,6 T€ abzugrenzen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das LEH ist von der IHK für die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (IVG) errichtet worden. Die IVG hat das Gebäude an die ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH (ILV) verleast, die das LEH an die IHK Berlin weiter verleast hat. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 30 Jahre und dauert bis zum 31. Dezember 2026. Für die erste Mietperiode – 20 Jahre – ist die Gesamtmiete fest vereinbart. Sie steigt im fünfjährigen Rhythmus (Erhöhung: Oktober 2012 um 28 %). Die Gesamtmiete für die zweite Periode wird zum Ende der ersten Mietperiode neu festgesetzt.

Die im Rechnungsjahr 2006 abgeschlossene Umfinanzierung wurde zum 3. Juli 2007 wirksam. Durch Ablösung der Fremdfinanzierung (81,3 Mio. €) und einer günstigeren Refinanzierung wird die Leasingrate gesenkt. Die IHK tritt an die Stelle des bisherigen Kreditgebers des Leasinggebers und reicht das aufgenommene Schuldscheindarlehen zu denselben Zinskonditionen an die IVG weiter. Die Zinsersparnis bei der IHK beträgt 2,5 % jährlich bis zum Jahre 2016. Der ersparte Aufwand wird zum Vermögensaufbau genutzt.

Das Grundstück Fasanenstraße 85 gehört dem VBKI und der IHK. Für die Dauer von 60 Jahren ist der IVG 1994 ein Erbbaurecht zur Errichtung des LEH eingeräumt worden. Die IHK hat sich verpflichtet, den von der IVG an den VBKI zu leistenden jährlichen Erbbauzins zu bezahlen. Für 2014 ergeben sich aus dem Leasinggeschäft folgende Belastungen:

- Leasingraten: 14,04 Mio. €
- Erbbauzins: 0,57 Mio. €

Für die erste Dekade des Leasingvertrages (bis zum 31. Oktober 2017) errechnet sich eine Verpflichtung in Höhe von 53,6 Mio. €. Für den Zeitraum betragen die Aufwendungen für den Erbbauzins voraussichtlich 2,3 Mio. €.

Mit der 61. Leasingrate für das 4. Quartal 2012 und während des gesamte Geschäftsjahres 2013 hat die IHK jeweils einen Teil der Leasingraten einbehalten. Bis zum 31. Dezember 2013 sind Beträge von insgesamt 1.301,2 T€ (inkl. Zinsen) einbehalten und bei den sonstigen Verbindlichkeiten gesondert ausgewiesen worden, denn die Leasingrate übersteigt die Summe der Teilbeträge für die vereinbarte Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe. Die ILV hatte der IHK den Leasingvertrag seinerzeit mit der Maßgabe angetragen, dass die IHK Berlin nur diejenigen Beiträge zu zahlen hat, die die ILV ihrerseits als Leasingrate an die IVG verpflichtet zu zahlen ist. Mit der Zwischenschaltung der ILV sollten keine höheren Kosten verbunden sein als bei einem Abschluss unmittelbar mit der IVG. Die ILV handelt als Verwalter für den von ihr initiierten Fonds. Gemäß Fondsprospekt betragen die auf Basis der Gesamtinvestitionskosten sowie Zinsen für das Eigen- und Fremdkapital berechneten

Leasingraten in dem zwischen der IVG und der ILV geschlossenen Hauptleasingvertrag für den Zeitraum ab dem 1. Oktober 2012 DM 26.618.700. Demgegenüber werden der IHK Berlin Quartalsraten berechnet, die in der Summe eines Jahres um mehr als 1 Mio. € über dem Betrag liegen, trotz wirtschaftlicher Identität der Leasingverträge. Im Geschäftsjahr 2013 hat die ILV Klage auf die einbehaltenen Beträge erhoben. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung des komplizierten Leasingvertragskonstrukts haben sich berechtigte Zweifel an der Wirksamkeit des Leasingvertrages mit der ILV ergeben, weil insbesondere die Nachträge nicht den gesetzlichen Formerfordernissen entsprechen. Die IHK hat deshalb Feststellungswiderklage auf Unwirksamkeit des befristeten Leasingvertrages erhoben. Ergänzend wird auf die Erläuterungen zur Prozesskostenrückstellung bei den sonstigen Rückstellungen verwiesen.

Im Gebäude Hardenbergstraße 20 sind für den Zeitraum 1. Mai 2012 bis 30. April 2017 1.100 Quadratmeter Unterrichtsräume angemietet. Die Verpflichtung beträgt über die restliche Laufzeit noch 680,0 T€.

Für Belastungen aus Wartungs- und Supportverträgen für Hard- und Software sind 2014 593,00 T€ vorgesehen. Mit den Dienstleistern sind Verträge mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren geschlossen.

Des Weiteren sind zwei Dienstwagen geleast. Die Laufzeiten, die abhängig vom Zeitpunkt der Beschaffung sind, betragen drei Jahre. Für die Jahre 2014 und 2015 resultieren daraus Belastungen von 38,0 T€.

Seit 2011 hat die IHK Berlin das Gebäudemanagement des LEH übernommen.

Die Steuerung und das Controlling obliegt der IHK Berlin, die sich dazu auch externen Sachverständigen bedient. Die Durchführung des Facility Managements erfolgt durch operative Dienstleister. Die vom Generalbetreiber bis Ende 2010 zusätzlich erbrachten Dienstleistungen Zentrale Funktionen und Services für die IHK wie Postdienste, Schulungsraumbewirtschaftung und Reinigung wurden ab 2011 erneut outgesourct. Mit den Dienstleistern wurden Verträge mit bis zu drei Jahren Laufzeit abgeschlossen. Für 2014 betragen die eingegangenen Verpflichtungen 1,4 Mio. €.

Die IHK Berlin ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Berlin bei Auflösung des Vereins das nach der Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2013 bei einer Bilanzsumme von 125,2 Mio. € ein Eigenkapital von 53,2 Mio. € aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 1. Januar 1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von

34,7 Mio. € nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2013 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen betragen per 31. Dezember 2013 42,8 Mio. €. Rechnerisch ergibt sich unter Berücksichtigung der nicht passivierten Pensionsverpflichtungen ein positives Eigenkapital von 18,5 Mio. €.

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018, gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. € an den DIHK zu leisten.

Der Beitrag der IHK Berlin zum DIHK belief sich 2013 auf rund 3,42 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die Finanzierung der IHK Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt im Wesentlichen über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten. Jährlich wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gliedert. In der Erfolgsrechnung sind sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Gliederung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB mit den Spezifika einer IHK. Wegen des Körperschaftscharakters werden Beiträge, Gebühren und Entgelte nicht als Umsatzerlöse, sondern als Erträge bezeichnet. Die Planung und der Vollzug folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Finanzwirtschaft.

Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Berlin wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Berlin wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Berlin die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird.

Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden. Weiterhin werden sie nach den leistungsabhängigen Umlagen und den leistungsunabhängigen Grundbeiträgen gegliedert. Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Grundbeiträge um 20 % und der Umlagesatz von 0,28 % auf 0,23 %, bezogen auf den Gewerbeertrag, gesenkt.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2013	2013	2013	2012
Beiträge	41.514,0	40.609,8	904,2	51.714,9
davon:				
Grundbeiträge laufendes Jahr	13.164,5	13.537,7	-373,2	15.055,3
Umlage laufendes Jahr	13.029,8	12.656,9	372,9	14.937,0
Grundbeiträge Vorjahre	5.650,2	6.013,2	-363,0	6.099,1
Umlage Vorjahre	9.669,5	8.402,0	1.267,5	15.623,5

Die Mehrerträge resultieren überwiegend aus den Umlagen aus Vorjahren. Grundlage für die nicht vorhersehbaren zusätzlichen Erträge ist die Endabrechnung der Bemessungsgrundlagen, überwiegend der Jahre 2010 und 2011. Sie kompensieren den Rückgang bei den Grundbeiträgen aus Vorjahren. Im Vergleich zu 2012 ist eine Abnahme im Aufkommen festzustellen, die u. a. auf die Senkung der Beiträge in den Jahren 2010, 2011 und 2013 zurückzuführen ist.

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2013	2013	2013	2012
Gebühren	7.657,9	8.093,6	-435,7	8.589,2
davon:				
Berufliche Ausbildung	4.911,0	5.419,3	-508,3	5.989,1
Fortbildungsprüfung	997,4	1.006,9	-9,5	1.018,6
Sonstige Gebühren	1.749,5	1.667,4	82,1	1.581,5

Ab dem 01.01.2012 sind die Ausbildungsgebühren für alle neu abzuschließenden Ausbildungsverhältnisse auf einen Deckungsgrad von 50 % gesenkt worden. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen für die ausbildenden Unternehmen 3.000 T€ pro Ausbildungsjahrgang.

Die Mindererträge der Ausbildungsgebühren resultieren in erster Linie aus einer erhöhten Anzahl an unvorhergesehenen Lösungen bei den Handelsberufen und in den gewerblich-technischen Berufen.

Bei Erstellung der Planung war aufgrund der abgeschlossenen Lehrverhältnisse davon auszugehen, dass sich diese auch zur Zwischenprüfung bzw. Teil eins der Abschlussprüfung anmelden würden, was jedoch nicht der Fall war. Auch die Auswirkungen des doppelten Abiturjahrganges 2012 sind nicht in dem prognostizierten Umfang eingetreten.

Die über dem Planansatz liegenden Erträge bei den sonstigen Gebühren sind dadurch eingetreten, dass der erwartete Rückgang der Teilnehmerzahlen, insbesondere im Bewachungsgewerbe, bei den Berufskraftfahrern und bei der Dolmetscherunterrichtung, ausgeblieben ist. Hinzu kommen höhere Erträge durch das vermehrte Ausstellen von Zweitschriften in der Sach- und Fachkunde sowie infolge einer Gebührenerhöhung für Ursprungszeugnisse und Außenhandelsbescheinigungen. Die vorgenannten Effekte überkompensieren eine Planunterschreitung beim Finanzanlagenvermittlerregister, weil zur Planung 2013 die Annahme bestand, dass die IHK Berlin auch für das Erlaubnisverfahren zuständig werden würde. Dies ist jedoch nicht eingetreten und auch für die nähere Zukunft nicht absehbar.

Erträge aus Entgelten

Unter den Erträgen aus Entgelten werden alle Verkaufserlöse wie Drucksachen, Anschriften, Erlöse aus Beratungen und Vorabstellungnahmen zu Handelsregistereintragungen sowie die Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen abgerechnet.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Entgelte	2.649,1	2.587,1	62,0	2.735,5
davon:				
Verkaufserlöse	665,6	658,7	6,9	691,3
Lehrgänge, Seminare	1.983,5	1.928,4	55,1	2.044,2
Sonstige Entgelte	0,0	0,0	0,0	0,0

Die Erträge aus Entgelten haben sich planmäßig entwickelt.

Unfertige Leistungen

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Bestandsveränderung	-189,0	-309,1	-120,1	-65,6
Fertige und Unfertige Leistungen	-189,0	-309,1	-120,1	-65,6

Die Reduzierung der Ausbildungsgebühren zum 01.01.2012 erfordert ein Abschmelzen des Bestandes an unfertigen Leistungen. Dieser Abschmelzungsbedarf wurde für 2013 zu hoch angesetzt (korreliert mit den geringeren Erträgen aus Ausbildungsgebühren).

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren aus den Vermietungs- und Pächterlösen des LEH und den erstatteten Betriebskosten. Des Weiteren sind bei der Position die Auflösung von Rückstellungen, die Herabsetzung von Wertberichtigungen, erhaltene öffentliche Zuwendungen sowie Erstattungen abgerechnet. Letztere betreffen Personalkosten (Conrad Stiftung und Wohnheim Reichsstraße GmbH), Prüfungsmaterialien, die Rückvergütung von Versorgungsbezügen und die Kofinanzierung von Veranstaltungen. Öffentliche Zuschüsse (Zuwendungen) erhält die IHK für das Projekt „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ (Anteilsfinanzierung von 80 %, IHK-Anteil 20 %), das Programm „Neue Märkte erschließen – Gemeinschaftsprojekte“ und eine Eingliederungshilfe vom Deutschen Rentenversicherungsbund.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Sonstige betriebliche Erträge	3.893,0	3.272,0	621,0	8.520,2
davon:				
Erlöse aus dem LEH	1.925,5	2.004,3	-78,8	2.036,9
Erstattungen	129,7	154,4	-24,7	176,8
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	218,4	225,9	-7,5	202,5
Sonstige betriebliche Erträge	1.619,4	887,4	732,0	6.104,0

Die überplanmäßigen Erlöse resultieren im Umfang von 653 T€ aus Jahresabschlussbuchungen, die bei der Aufstellung des Planes nicht berücksichtigt wurden. Darunter fallen u. a. die Auflösung oder Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen (276 T€) sowie von Rückstellungen (198 T€). In 2013 wurden alle zum Ende des Geschäftsjahres 2012 offenen Beitragsforderungen vollstreckt. Mangels Erfahrungswerten fielen die Erstattungen aus Mahnkosten zum Beitrag gegenüber dem Planansatz um 158 T€ höher aus.

Der Anstieg der Erlöse aus kurzfristigen Vermietungen (100 T€) ist auf zusätzliche Vermietungen an Externe durch den beauftragten Dienstleister Eventplan zurückzuführen.

Zum Rückgang der Erlöse aus dem LEH gegenüber dem Plan haben Rückzahlungen aus der Betriebskostenabrechnung 2012 im August 2013 geführt.

Die Erlöse aus Verwaltungskosten gehen um 94 T€ zurück. Dies ist hauptsächlich auf eine geänderte Art der Abrechnung der Tage der Berufsausbildung zurückzuführen. Anstelle der Weiterberechnung von Leistungen an Partner übernehmen diese direkt bestimmte Aufwendungen, so dass den Mindererlösen entsprechende Einsparungen im Materialaufwand gegenüber stehen.

Materialaufwand

Die Gliederung der Erfolgsrechnung basiert auf dem Industriekontenrahmen. Der Materialaufwand ist deshalb als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet. Zu den Positionen gehören u. a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen, die Kosten für die Erstellung der Berliner Wirtschaft und des Jahresberichtes sowie für das Premiumprodukt „Frühstücksgespräche“.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Materialaufwand	7.291,5	7.336,7	-45,2	6.821,3
davon:				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.096,2	925,5	170,7	926,3
Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.195,3	6.411,2	-215,9	5.895,0
<i>davon: Honorare (u. a. Dozenten)</i>	<i>702,4</i>	<i>875,5</i>	<i>-173,1</i>	<i>870,6</i>
<i>davon: Prüferentschädigungen</i>	<i>1.733,8</i>	<i>1.630,3</i>	<i>103,5</i>	<i>1.650,9</i>
<i>davon: Sonstiges (Miete, Bewirtung, Technik, Ausstattung)</i>	<i>2.579,6</i>	<i>2.766,7</i>	<i>-187,1</i>	<i>2.326,5</i>

Der Rückgang gegenüber dem Plan 2013 von 50 T€ setzt sich aus verschiedenen Verschiebungen des Aufkommens zusammen. Erwähnenswert ist die geänderte Art der Abrechnung für die Tage der Berufsausbildung, die zu geringeren Mieten für Veranstaltungen führt (148 T€). Sie sieht die Übernahme von separaten Kostenpositionen durch Partner vor, so dass den geringeren Mietaufwendungen entsprechende Mindererlöse aus Verwaltungskosten gegenüber stehen (s. o. bei den Entgelten). Um 97 T€ rückläufig sind die Honoraraufwendungen in Verbindung mit Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen aufgrund einer zu vorsichtigen Planung.

Die vorgenannten Einsparungen werden durch Mehraufwendungen bei einzelnen Kontengruppen teilweise kompensiert. Als wesentlich sind hierbei folgende Punkte zu nennen. Unter den sonstigen Fremdleistungen der Ausbildung werden in erster Linie Raumnebenkosten wie z. B. der Auf- und Abbau von Mobiliar und Technik gebucht. Sie steigen um 78 T€ an, weil die Leistungen teurer als geplant eingekauft werden mussten. Die Druckkosten steigen um 66 T€ an. Die Hauptursache hierfür liegt in einem neuen Vertrag zur Kammerzeitschrift Berliner Wirtschaft. Der alte Vertrag wurde vom Dienstleister erst im Laufe des Jahres 2013 kurzfristig gekündigt.

Personalaufwand

Beim Personalaufwand sind die Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die sozialen Abgaben, die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Vorsorge abgerechnet. Die sozialen Abgaben und die Vorsorgeaufwendungen haben mit 2.737 T€ einen Anteil von 16,7 % (Vj.: 16,3 %) an den Aufwendungen. Ursächlich für den Rückgang gegenüber dem Plan sind geringere Vorsorgeaufwendungen in Folge einer geringeren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen. Entlastend wirkt sich die Berücksichtigung der Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittalters auf das 67. Lebensjahr aus, welche die Einbeziehung von Sonderzahlungen in die Pensionsrückstellungen, zu der wir nach Rechtsprechung verpflichtet sind, mehr als kompensiert.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Personalaufwand	16.402,7	17.084,9	-682,2	15.058,4
Gehälter (einschl. Aushilfen, Veränderung der Personalrückstellungen, VL- Leistungen)	13.665,4	13.630,6	34,8	12.598,4
<i>davon:</i>				
- <i>Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (einschl. VL-Leistungen)</i>	13.549,5	13.499,4	50,1	12.474,2
- <i>Ausbildungsvergütungen</i>	115,9	131,2	-15,3	124,2
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	2.737,3	3.454,3	-717,0	2.460,0

Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Krankheitsbedingte Abwesenheiten sowie die verzögerte Besetzung von Stellen haben in geringem Umfang zu Minderaufwendungen bei den Gehältern geführt. Die zu verzeichnenden Mehraufwendungen für Gehälter (50 T€) sind auf eine Einmalzahlung i. H. v. 121 T€, die als variabler Bestandteil der Gehaltsvereinbarung 2013 mit dem Personalrat vereinbart wurde, zurückzuführen. Sie ist erfolgsabhängig an den Jahresabschluss (Überschüsse) geknüpft und wird auch aus diesem finanziert.

Der sich nach der Einführung des BilMoG ergebende Zinsanteil aus der Anpassung der Altersvorsorgeverpflichtungen (1.970,1 T€) ist unter den Zinsaufwendungen im Finanzergebnis dargestellt.

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Abschreibungen	874,4	1.250,9	-376,5	815,3
davon:				
Immaterielle Vermögensgegenstände	268,5	538,0	-269,5	237,0
Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (einschl. GWG)	605,9	712,9	-107,0	578,3

Die Nichtausschöpfung liegt zum einen an Einsparungen bei Investitionen durch sparsamere Beschaffung, zum anderen an nicht abgeschlossenen Investitionen in verschiedene Softwareprojekte (Kundenbeziehungsmanagement und auf Anzahlung gebucht). Die Portal-Anwendung Technologie-Kooperationsplattform wurde in Form einer extern gehosteten Plattform umgesetzt, so dass hierfür keine Investitionen, sondern Aufwendungen für Onlinedienste angefallen sind. Weitere für 2013 geplante Softwareinvestitionen betrafen die Entwicklung der eGovernment-Anwendung zu De-Mail. Aufgrund der Abhängigkeit von dem bundesweiten eHK-Projekt bei der Durchführung konnten hiervon lediglich minimale Anteile realisiert werden. Beide Projekte sind in das Jahr 2014 verschoben.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Leasingraten und die Bewirtschaftungskosten für das LEH sowie die Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen. Der Erbbauzins an den VBKI, die Miete für 1 ½ Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 20, die Fremdleistungen (für EDV und Berlin Partner) werden ebenfalls bei der Position abgerechnet. Auch die Verwaltungskosten und weitere nicht im direkten Zusammenhang mit dem betrieblichen Leistungserstellungsprozess stehende Kosten sind hier dargestellt.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Sonstige betriebliche				
Aufwendungen	29.578,7	29.889,6	-310,9	25.234,8
davon:				
Sonstige				
Personalaufwendungen	618,7	633,6	-14,9	506,4
Mieten, Pachten, Leasing	14.870,6	14.898,0	-27,4	12.313,0
Aufwendungen für Fremdleistungen *	3.382,4	3.615,4	-233,0	3.101,3
Rechts- und Beratungskosten	2.552,1	916,4	1.635,7	1.156,1
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	1.197,3	1.201,3	-4,0	1.194,8
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	149,3	154,1	-4,8	257,9
Aufwendungen DIHK	1.327,8	1.263,5	64,3	1.225,8
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	2.593,6	3.774,2	-1.180,6	2.836,7
Andere sonstige betriebliche Aufwendungen **	2.876,7	3.403,1	-526,4	2.628,9

*) Bewirtschaftung des LEH, EDV - Dienstleistungen, Outgesourcte Dienstleistungen (einschl. Expedition), Dienstleistungsentgelt Berlin Partner

**) u. a. Abschreibungen auf Forderungen, Zuführung zur Rückstellung für Jumbo-Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten

Die Minderaufwendungen in Höhe von 311 T€ setzen sich aus verschiedenen Verschiebungen des Aufkommens zusammen. Zu den Positionen im Einzelnen:

Die Nichtausschöpfung der Mittel bei den Aufwendungen für Fremdleistungen resultiert im Wesentlichen aus geringeren Kosten für EDV-Dienstleistungen (191 T€) infolge von teilweise verschobenen oder günstiger umgesetzten Maßnahmen und zum Teil durch die Nichtinanspruchnahme von eingeplanten Notfallentstörungen.

Der Anstieg der Rechts- und Beratungskosten resultiert aus einer Zuführung zur Prozesskostenrückstellung für einen weiteren Rechtsstreit mit dem Zwischenleasingnehmer ILV Immobilien Leasing Verwaltungsgesellschaft, Düsseldorf mbH. Gegenstand des ersten, seit 2012 bestehenden, Rechtsstreits ist die Reduzierung der Leasingraten für das LEH. Im Zuge der juristischen Aufarbeitung des komplizierten Leasingvertragskonstruktes haben sich berechnete Zweifel an der Wirksamkeit des Leasingvertrages mit der ILV ergeben, weil insbesondere Nachträge nicht den gesetzlichen Formerfordernissen entsprechen. Die IHK hat

deshalb Feststellungswiderklage auf Unwirksamkeit des unbefristeten Leasingvertrags erhoben. Zur Abdeckung der finanziellen Risiken dieses zweiten Rechtsstreits werden die gesamten Anwalts- und Gerichtskosten für drei Instanzen in Höhe von 1.651,6 T€ zurückgestellt.

Bei Bürobedarf, Literatur und Telekommunikation wird der Planansatz eingehalten. Jedoch kommt es innerhalb der Kostenarten zu Verschiebungen. Der Ansatz für Drucksachen, Kopien steigt um 74 T€ aufgrund eines seit Anfang 2013 bestehenden neuen Vertrages zu den Druckdienstleistungen, der die Wartungs- und Servicegebühren in den Druckpreis pro Seite integriert. Diese waren bisher separat unter den Wartungsverträgen für Hardware (siehe Erläuterungen zu den Aufwendungen Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung) verbucht worden. Der vorgenannte Anstieg wird kompensiert durch eine Nichtausschöpfung der Mittel für Porto und Kurierdienste (79 T€). Diese ergibt sich überwiegend aus eingesparten Kosten durch einen Dienstleisterwechsel beim Versand von Beitragsbescheiden sowie eine Portooptimierung bei den Begrüßungsschreiben.

Der Planansatz für die Aufwendungen Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung wird um 1.181 T€ unterschritten. Für die geringere Inanspruchnahme des Budgets der Instandhaltung des LEH (749 T€) ist die Nichtdurchführung von Maßnahmen aus logistischen und technischen Gründen (LEH – Unikat) ursächlich. Dabei handelt es sich u. a. um die vollständige Erneuerung der Gebäudeleittechnik. Die umfangreiche Maßnahme konnte nicht wie vorgesehen in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt werden. In 2013 wurden 194 T€ der eingeplanten 510 T€ verwendet. Im Zuge der Realisierung des Austausches stellte sich auch die Erforderlichkeit einer Sollmatrix für die Brandschutzleittechnik heraus. Die Erstellung einer solchen Nachweisform für die Erfüllung der Brandschutzanforderungen eines Gebäudes war bei Erstellung des LEH normmäßig nicht vorgeschrieben. Zur Vermeidung einer vollständigen Neuinstallation des Brandschutzes sowie aus Kostengesichtspunkten wurden und werden Gutachten in Auftrag gegeben, um unter Wahrung des Bestandsschutzes und moderner Technik die geforderte Nachweisform zu erbringen. Der aktualisierte Brandschutz wird in die Gebäudeleittechnik integriert und abschließend noch einmal gutachterlich geprüft. Die Maßnahme insgesamt soll voraussichtlich 2015

geringere Aufwendungen für Wartungsverträge. Im Bereich der Hardware ist dies überwiegend auf einem neuen Vertrag zu den Druckdienstleistungen begründet, der seit Anfang 2013 besteht. Dieser sieht eine integrierte Abrechnung der Wartungs- und Servicegebühren im Druckpreis pro Seite vor, die bisher hier separat verbucht worden sind (siehe Erläuterungen zu Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation). Bei den Softwarewartungen konnten durch günstige Beschaffung Einsparungen erzielt werden. Der Planansatz für sonstige Wartungs- und Supportverträge wird unterschritten, weil mehrere Supportverträge entgegen der Annahme in der Planung erst zum 4. Quartal 2013 in Kraft getreten sind.

Die Unterschreitung des Planwertes für andere sonstige betriebliche Aufwendungen um 526 T€ beruht überwiegend auf dem zu hoch eingeplanten Abschreibungsbedarf auf Beitragsforderungen für das laufende Geschäftsjahr. Wie in 2012 wurden in 2013 erneut alle unstreitigen Beitragsforderungen in die Beitreibung gegeben. Mangels Erfahrungswert wurde der Abschreibungsbedarf in der Planung auf die in der Hochrechnung des Vorjahres angesetzten 2.500 T€ geschätzt. In 2012 mussten tatsächlich jedoch nur 1.851,3 T€ abgeschrieben werden. Auf diesem Niveau befindet sich nun auch der Wert für 2013.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wurde durch die nach BilMoG hier abzurechnende Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen und die Abschreibungen auf Finanzanlagen erheblich beeinflusst. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist überwiegend auf den Rückgang der Abschreibungen zurückzuführen. Bei der Position sind die wegen der volatilen Marktlage über pari gekauften Wertpapiere mit dem Nennwert angesetzt.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Finanzergebnis	1.983,6	699,6	1.284,0	1.124,0
davon:				
Erträge aus Beteiligung	29,5	0,0	29,5	0,0
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.754,1	6.381,1	373,0	6.852,4
Zinsen und ähnliche Erträge	418,4	181,4	237,0	410,0
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	385,4	825,0	439,6	998,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.832,9	5.037,9	205,0	5.139,7

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zu einem erheblichen Anteil aus den beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen (3.722 T€).

Die Mehrerträge bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen des Umlaufvermögens beruhen auf dem gestiegenen Geldanlagevolumen.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen wurden auf Wertpapierkäufe, die über dem Nennwert erworben wurden, vorgenommen. Der Rückgang gegenüber dem Planansatz beruht auf den unattraktiven Verhältnissen im Anleihenmarkt. Deshalb erfolgten mehr Anlagen in Fest- und Tagesgeld, weil dort günstigere Konditionen erzielt werden konnten.

Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen und die Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH. Vgl. ergänzend Bilanzposten Passiva – D.1. - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Des Weiteren sind bei der Position die Aufzinsung von Rückstellungen i. H. v. 1.970 T€ ausgewiesen. Davon entfallen auf Pensionsverpflichtungen 1.914 T€.

Sonstige Steuern

Bei den Sonstigen Steuern ist die KfZ-Steuer ausgewiesen.

Entnahmen aus Rücklagen

Die Rücklage Umstrukturierung und Qualitätssteigerung Personal wurde durch Entnahme von 42,67 € zur Finanzierung entsprechender Aufwendungen aufgebraucht.

Ergebnis / Ergebnisverwendungsvorschlag

Zu dem Ergebnis von 3.361 T€ haben überplanmäßige Erträge in Höhe von 1.911 T€, und gegenüber den Planansätzen geringere Aufwendungen von 2.059 T€ und nicht erfolgte Rücklagenentnahmen von 610 T€ beigetragen. Die Mehrerträge resultieren aus dem Beitragsaufkommen und dem positiven Finanzergebnis.

Die Minderaufwendungen beruhen im Wesentlichen auf dem geringeren Bedarf an Abschreibungen für Beitragsforderungen, der Verschiebung von Maßnahmen für die Instandhaltung des LEH und in der IT sowie Veränderungen der Rückstellungen für Pensionen. Darüber hinaus haben kostengünstigere Lösungen als geplant in allen Kontengruppen des Betriebsaufwands zu den geringeren Kosten beigetragen. Das Präsidium schlägt vor, das Jahresergebnis der von der Vollversammlung am 10. Januar 2014 beschlossenen Rücklage für bildungspolitische Zwecke zuzuführen.

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die zahlungswirksamen Veränderungen im Geschäftsjahr. Neben dem Cashflow aus der laufenden Tätigkeit werden die Cashflows aus der Investitions- und Finanztätigkeit abgebildet.

Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch höhere Erträge und geringere Betriebsaufwendungen als geplant beeinflusst.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung 2013	Ist T€ 2012
Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	3.360,6	-609,8	-3.970,4	23.515,5

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis. Der erhebliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr beruht mit auf den seit 2010 vorgenommenen Beitragssenkungen und der Reduzierung der Ausbildungsgebühren.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.884,7	5.079,9	-2.804,8	23.785,3

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, den Sachanlagen und des Finanzanlagevermögens auf. Insgesamt wurden in 2013 Investitionen in Höhe von 1.402,4 € in das immaterielle und 759,2 T€ in das Sachanlagevermögen getätigt. So wurde der Austausch der Büromöbel (100 T€) nach über 20-jähriger Nutzung weiter fortgesetzt und das IT-Netzwerk und das Stagesystem (449 T€) aktualisiert. Für die Installation eines Kundenbeziehungsmanagementsystems wurden im Geschäftsjahr weitere 504,7 T€, für das Lucida Themenmanagement weitere 300,0 T€ und für das Identity Management System

286,0 T€ ausgegeben. Die Nichtausschöpfung der Mittel beruht auf einer verzögerten Durchführung von einigen Maßnahmen (Geoinformationssystem, Technologiekooperationsplattform) infolge nicht vorhersehbarer technischer Probleme sowie der sparsameren Verwendung der Mittel als geplant.

Zum Cashflow aus der Investitionstätigkeit zählen weiter die Veränderungen im Finanzanlagevermögen. Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (1.978,6 T€) betreffen die planmäßigen Tilgungen der beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Das erste Darlehen wurde 1997 zur Finanzierung der erhöhten Baukosten, das zweite 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH ausgezahlt. Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen betreffen überwiegend die Umwidmung von umlaufendem Vermögen in Finanzanlagen. Diese ist auch ursächlich für den negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit. Aufgrund der volatilen Marktverhältnisse und den nicht attraktiven Renditen im Anleihemarkt wurde das vorgesehene Investitionsvolumen nicht ausgeschöpft.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-9.856,7	-15.687,7	-5.831,0	-14.640,3

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beruht auf den planmäßige Darlehenstilgung. Es handelt sich um das zur Umfinanzierung des LEH aufgenommene Darlehen bei der Landesbank.

	Ist T€ 2013	Plan T€ 2013	Abweichung T€ 2013	Ist T€ 2012
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.034,6	-2.034,1	0,5	-3.220,7

Der Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und aus dem Umlaufvermögen finanziert.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode beträgt 41.802,5 T€.

Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Berlin sind:

Mitglieder des Präsidiums

Werner Gegenbauer (Ehrenpräsident)

Dr. Eric Schweitzer (Präsident)

Dr. Beatrice Kramm (Vizepräsidentin)

Stephan Schwarz (Vizepräsident)

Ute Witt (Vizepräsidentin)

Gerald Archangeli

Christina Aue

Klaus-Peter Bär

Julia Claren

Angela Kästner

Matthias Klussmann

Tim Konstantin Renner

Dr. Stefan Romberg

Kalo Mis Tshaba

Tobias Weber

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Mitarbeiter

Die IHK Berlin beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 258 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit , das entspricht 235,09 Vollzeitäquivalenten.

Der Personalbestand zum 31. Dezember 2013 umfasst:

Personalstand	Ist Vorjahr (t-1)			Ist Jahr			Planwert (t+1)		
	31.12.2012			31.12.2013			31.12.2014		
	Köpfe	Kapazität (PJ)	Planstellen	Köpfe	Kapazität (PJ)	Planstellen	Köpfe	Kapazität (PJ)	Planstellen
Kernpersonal									
Geschäftsführung	2	2,00	2,00	2	2,00	2,00	2	2,00	2,00
IHK-Mitarbeiter	245	223,30	228,05	256	233,09	238,05	263	245,30	245,30
Summe	247	225,30	230,05	258	235,09	240,05	265	247,30	247,30
Sonstige									
Mitarbeiter für Projekte u.ä.	9	6,86	0,00	14	10,22	0,00	11	9,00	0,00
Personal-gestellung	0	0,00	0,00	0	0,00	0,00	0	0,00	0,00
Gesamtsumme	256	232,16	230,05	272	245,31	240,05	276	256,30	247,30
davon									
in Teilzeit	52	XXX	XXX	50	XXX	XXX	51	XXX	XXX
befristet	38	XXX	XXX	24	XXX	XXX	26	XXX	XXX
in ATZ aktiv	1	XXX	XXX	2	XXX	XXX	2	XXX	XXX
außerdem									
Auszubildende	18	XXX	XXX	17	XXX	XXX	17	XXX	XXX
Trainees	4	XXX	XXX	3	XXX	XXX	3	XXX	XXX
Volontäre	0	XXX	XXX	0	XXX	XXX	1	XXX	XXX
Praktikanten	0	XXX	XXX	5	XXX	XXX	5	XXX	XXX
Mitarbeiter in Elternzeit	10	XXX	XXX	8	XXX	XXX	4	XXX	XXX
ATZ inaktiv	1	XXX	XXX	2	XXX	XXX	2	XXX	XXX
Sondereinrichtungen	0	XXX	XXX	0	XXX	XXX	0	XXX	XXX
Geringfügig Beschäftigte	0	XXX	XXX	1	XXX	XXX	0	XXX	XXX

XXX = keine Angabe erforderlich

Anlagenspiegel 2013 IHK Berlin

Positionen der Vermögensrechnung:	Entwicklung der Anschaffungswerte						Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte 31.12.2013		Buchwerte 31.12.2012		
	Anfangsbestand 01.01.2013	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Erdbestand 31.12.2013	Anfangsbestand 01.01.2013	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Umbuchungen	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Abgänge	Erdbestand 31.12.2013	Euro		Euro			
												2	3	4	5	6	7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																	
1. Konzessionen gewerbliche Schutzrechte u.ä. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten (A. I. 1.)	1.687.651,13	495.702,38	54.002,26	0,00	2.237.355,77	1.204.805,13	268.459,64	0,00	0,00	0,00	1.473.264,77	0,00	0,00	0,00	764.091,00	482.846,00	
2. Geleistete Anzahlungen (A. I. 2.)	171.000,44	906.713,55	-54.002,26	0,00	1.023.711,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.023.711,73	171.000,44		
	1.858.651,57	1.402.415,93	0,00	0,00	3.261.067,50	1.204.805,13	268.459,64	0,00	0,00	0,00	1.473.264,77	0,00	0,00	1.787.802,73	653.846,44		
II. Sachanlagen																	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten auf fremden Grundstücken (A. II. 1.)	8.716.079,60	0,00	0,00	0,00	8.716.079,60	27.564,60	4.531,00	0,00	0,00	0,00	32.095,60	0,00	0,00	8.683.984,00	8.688.515,00		
2. Technische Anlagen und Maschinen (A. II. 2.)	366.716,71	5.399,27	0,00	0,00	372.115,98	325.591,71	15.857,27	0,00	0,00	0,00	341.448,98	0,00	0,00	30.667,00	41.125,00		
3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung (A. II. 3.)	3.936.145,31	753.792,13	0,00	320.512,63	4.369.424,81	2.355.690,10	585.535,10	0,00	0,00	0,00	2.620.756,57	320.468,63	0,00	1.748.668,24	1.580.455,21		
4. Geleistete Anzahlungen u. Anlagen im Bau (A. II. 4.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		
	13.018.941,62	759.191,40	0,00	320.512,63	13.457.620,39	2.708.846,41	605.923,37	0,00	0,00	0,00	2.994.301,15	320.468,63	0,00	10.463.319,24	10.310.095,21		
Anlagevermögen insgesamt	14.877.593,19	2.161.607,33	0,00	320.512,63	16.718.687,89	3.913.651,54	874.383,01	0,00	0,00	0,00	4.467.565,92	320.468,63	0,00	12.251.121,97	10.963.941,65		

